DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 7/1984

Neonaziprozesse in Bremen

In der letzten Juniwoche fanden in Bremen zwei Prozesse gegen Neofaschisten statt. Im folgenden veröffentlichen wir zum ersten Prozeß eine mit einigen Organisationen gemeinsam verfaßte Presseerklärung.

Über den zweiten Prozeß informieren wir durch einen kurzen Bericht.

Presseerklärung

Heute, am 25.6.84 fand der Prozeß gegen Dieter Stockmeier statt. Der Prozeß würde von der demokratischen Öffentlichkeit stark beachtet, weil sie sich von ihm Aufklärung und Verfolgung der neofaschistischen Umtriebe in Bremen erwartete.
Dieter Stockmeier bekannte sich selbst als Neonazi. Er ist wiederholt in Bremen im Zusammenhang mit der neofaschistischen Organisation NRAF (Nationalrevolutionäre Arbeiterfront) bekannt geworden und hat verschiedene Flugblätter dieser Organisation herausgegeben. Bremer Mitglieder der NRAF sind bereits in der Vergangenheit als neofaschistische Terroristen bekannt geworden (Peter Fabel, Gerhard Töpfer).
Laut Aussage der Staatsanwaltschaft in anderem Zusammenhang bestanden auch Kontakte zwischen dem Angeklagten und dem flüchtigen Neofaschisten Michael Kühnen.
Obwohl diese Sachverhalte dem Staatsanwalt Herrn von Bock und Pollach bekannt sind, erhob er lediglich Anklage wegen Sach- und versuchter Denkmalsbeschädigung:
-Verhandelt wurde das Beschmieren eines Wandgemäldes am JFH Bispinger Str. mit ausländerfeindlichen und anderen neofaschistischen Sprüchen.
-Außerdem der Versuch, das Denkmal für die Opfer der Reichspogromnacht in Bremen zu bekleben und zu beschmieren.
In der Anklage sind keinerlei Zusammenhänge zum organisierten Neofaschismus enthalten. Ebenfalls fehlte jegliche inhaltliche Bewertung der mit NRAF gekennzeichneten Flugblätter und Erklärungen, die dem Gericht vorlagen.
Auch während der Verhandlung wurde jede Möglichkeit der tiefergehenden Ermittlung ausgelassen, obwohl in den Zeugenaussagen Hinweise auf das politisch-organisatorische Umfeld des Angeklagten enthalten waren.
Es drängt sich der Verdacht auf, daß sowohl vom Vorsitzenden Richter als auch vom Staatsanwalt diese Hinweise geflissentlich umgangen wurden.

Anklage und Prozeßführung sind ein Skandal. Solch ein Prozeß wie der heute begonnene, erfüllt allenfalls eine Alibifunktion für die Tätigkeit des Staatsanwaltes gegen Rechts. Er wird einer ernsthaften Verfolgung neofaschistischer Organisationen und Propaganda nicht gerecht.

Wir fordern die Strafverfolgungsbehörden und den Bremer Senat auf, endlich ihrem grundgesetzlichen Auftrag nachzukommen und rückhaltlos jegliche neofaschistische Organisation und Propaganda in Bremen zu unterbinden.

Landesvorstand Bremen der Jungsozialisten in der SPD
SJD Die Falken Kreisverband Bremen
Gesamtschülervertretung Bremen
Naturfreundejugend Bremen
VVN-Bund der Antifaschisten Landesverband Bremen e.V.
SDAJ Kreisverband Bremen

Am 29.6.84 fand der Prozeß gegen Britta Scholz vor dem Jugendschöffengericht in Bremen statt unter der Leitung des Vorsitzenden Richters Klosterkemper und des Staatsanwaltes von Bock und Pollach.
Die Anklage lautete:
-Verwendung von verbotenen Kennzeichen und Symbolen in Drohbriefen, Flugblättern und an Häuserwänden
-Sachbeschädigung am Jugendfreizeitheim Bispinger Str.
Der organisatorische / politische Hintergrund des Neofaschismus und inhaltliche Aussagen der Drohbriefe und Flugblätter waren nicht Gegenstand der Anklage.
Die der Angeklagten vorgeworfenen Hakenkreuz- und anderen Schmierereien richteten sich gegen ein Jugendfreizeitheim sowie die Friedensarbeit in verschiedenen Schulen. Darüberhinaus wurden fortschrittliche Buchhandlungem und Organisationen mit Drohbriefen und der Zusendung des Spiels "Rote raus" angegriffen.
Der VVN-BdA in Bremen wurde in einem Brief angedroht, die Konsequenzen aus den "wahren Lehren" des "Führers" zu ziehen. Die Adressierung des Briefes spricht für sich.
Mit Befremden mußte die demokratische Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, daß die Mordandrohung gegen die VVN-BdA und die antisemitischen Flugblätter nicht Gegenstand der Verhandlung waren. Außerdem blieb der Tatbestand, daß die Angeklagte zum Zeitpunkt der Handlungen sowohl Mitglied der Jungen Nationaldemokraten (JN)



AN
VEREINIGUNG DER VERFOLGUNGSWAHNSINNIGEN
(EINBUCHTumgstr. 12)
2800 Bremen (NOCH!)

MÖGT IHR DEN ETWA NICHT? →



IV. REICH 83

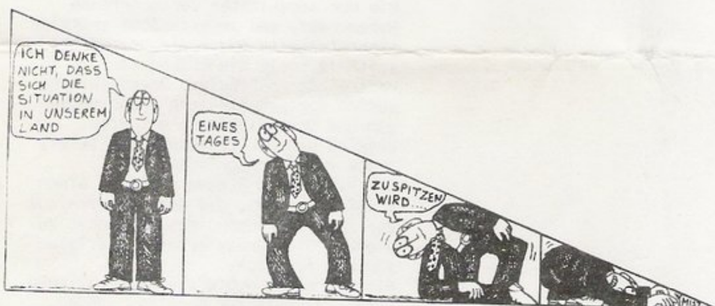
(DA! DAMIT IHR VERFOLGUNGSWAHNSINNIGEN ENDLICH WAS ZU VERFOLGEN HABT. FINDET RAUS, WO DER BRIEF HERKOMMT.)

war und als solche regelmäßig an deren Teestubengesprächen teilnahm, völlig unberücksichtigt.
Obwohl in fast allen Fällen auch Aufkleber der JN in unmittelbarem Zusammenhang mit Briefen und Schierereien auftauchten, wurde dem Neofaschisten Björn Wulf-Bätjer unwidersprochen Glauben geschenkt, daß die JN mit diesen nichts zu tun habe. Der Vorsitzende Richter Klosterkemper und der Staatsanwalt von Bock und Pollach haben es tunlichst unterlassen, Hinweisen der Angeklagten auf organisatorische Zusammenhänge zur JN sowie zu Altnazis durch gezielte Fragen nachzugehen.
Dem Gericht muß einerseits zugute gehalten werden, daß es Hakenkreuze und SS-Runen als Symbole des Verbrechens und der Unmenschlichkeit eindeutig zugeordnet hat. Andererseits haben sich Staatsanwaltschaft und Vorsitzender Richter durch die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, der Verhöhnung des gesamten antifaschistischen Widerstandes sowie der Verfälschung der Geschichte schuldig gemacht.
Aus historischer Erfahrung wissen wir, daß gerade Kommunisten von Beginn an die entschiedensten Kämpfer gegen Krieg und Faschismus waren und sind. Die Gleichsetzung von Faschisten und Kommunisten besonders durch den Richter gibt genau den Nährboden ab, auf dem reaktionäres und faschistisches Gedankengut erneut gedeihen kann.
Die Angeklagte wurde für schuldig befunden und zu einer Arreststrafe von einer Woche, vier Wochen gemeinnütziger Arbeit sowie 6 Monate sozialpädagogischer Betreuung verurteilt.

Für wie geringfügig diese Strafe eingeschätzt werden muß, läßt sich an folgendem Fall ermessen: da wurde kürzlich in Bremen eine Schülerin wegen ständigen Schulschwänzens zu drei Wochen Jugendarrest verurteilt.

Innerhalb einer Woche hat der Staatsanwalt von Bock und Pollach zum zweiten Male die Chance verpaßt, Licht in die organisierten neofaschistischen Umtriebe in Bremen zu bringen und zu einem entscheidenden Schlag gegen deren Schaltstellen auszuholen.

Was muß in Bremen eigentlich noch geschehen, damit Staatsanwaltschaft und Richter die Gefahr die von neofaschistischen Organisationen und ihrer Propaganda ausgeht, erkennen und gemäß dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes Recht sprechen?



Volksbefragung

Dieser Versuch einer Auswertung der selbstorganisierten Volksbefragung am 17 .Juni 1984 soll vor allem die Erfahrungen und Ergebnisse zusammenfassen. Der in dieser Größe nicht erwartete Erfolg, besonders die überwiegend positive Reaktion der Bürger, bewirkt, daß Volksbefragungen in dieser oder ähnlicher Form auch in Zukunft zu den Aktionsformen und -mitteln der Friedensbewegung gehören werden. Dies hat u.a. der Koordinationsausschuß während seiner Pressekonferenz am 25.Juni deutlich gemacht.
Die Volksbefragung wurde vor 74 (davon 14 in HB-Nord) Wahllokalen durchgeführt. Insgesamt gab es in der Stadt Bremen 169 Wahllokale. Außerdem wurden an drei weiteren Punkten Volksbefragungen unabhängig von Wahllokalen gemacht. Die Ergebnisse dieser drei Befragungen liegen im gleichen Verhältnis zwischen Ja und Nein-Stimmen wie bei den folgenden Ergebnissen. Da es aber keine vergleichbaren Wahldaten gibt, werden diese Zahlen hier nicht berücksichtigt. Die folgenden Zahlen beziehen sich immer auf das gesamte Stadtgebiet, die Zahlen für Bremen-Nord stehen dahinter in ().
Beteiligt haben sich von 103.475 Wahlbeteiligten (17.191) 37.461 Bürgerinnen und Bürger (5.552). Davon stimmten 35.960 (5.307) mit Ja und 1.350 (222) mit Nein. Der Rest sind Stimmenthaltungen bzw. ungültige Stimmzettel.
Vergleichbar wurden bei den 74 Wahllokalen die Stimmen der CDU auf der einen Seite und die Stimmen der SPD, der Grünen und der Friedensliste auf der anderen Seote berechnet. Diese Zahlen ergeben, daß die betreffenden Wahllokale in ihrem Europawahlergebnis annähernd dem Europawahlergebnis in der Stadt Bremen (ohne Briefwähler) entsprechen. Wir hatten also zufällig einen repräsentativen Durchschnitt erreicht. Leichte FDifferenzen bestehen lediglich in einer geringen Anzahl an SPD-Stimmen, aber einer entsprechend höheren Anzahl an Stimmen der Grünen und der Friedensliste.

	Bremer Wahlergebnis	unsere 74 Wahllokale
CDU	29,95 %	29,84 %
SPD	49,20 %	47,04 %
Grüne	11,78 %	13,30 %
Frieden	2,69 %	3,27 %
Summe	63,67 %	63,61 %

Da an einem der 74 Wahllokale nur wenige Stunden befragt wurde, ist es bei weiteren Vergleichen und Berechnungen nicht mehr berücksichtigt, da es zu einer Verfälschung der Ergebnisse führt.

Bei den verbleibenden 73 Wahllokalen ergibt sich eine Beteiligung von Wählern an der Volksbefragung von 36,54 % (32,29 %). Davon haben 95,99 % (95,58 %) mit Ja und 3,6 % (3,99 %) mit Nein gestimmt.
Bei diesen Zahlen werden einige Unterschiede zum Bundesergebnis deutlich. Im Bundesdurchschnitt stimmten 88 % mit Ja, in Bremen 95,99 %. Diese Differenz läßt sich sicherlich mit der unterschiedlichen Stimmabgabe erklären:

im Bundesschnitt SPD,Grüne, Friedensliste	46,9 %	
in Bremen SPD, Grüne, Friedensliste	62,22 %	inc. Briefwähler

Diese Theorie wird auch durch andere Einzelergebnisse untermauert, z.B. in Essen und Saarbrücken Ja-Stimmanteile von über 90 %, in der Oberpfalz und ähnlichen Gebieten unter 90 % Ja-stimmen.

An der unterschiedlichen Beteiligung (Bundesdurchschnitt über 50 %, Bremen 36,54 %) lassen sich erste Erfahrungen für zukünftige Befragungen ableiten. In Bremen ist es uns zwar gelungen von der Anzahl mehr Wahllokale abzudecken als im Bundesdurchschnitt (weniger als ein Drittel), dies ging aber häufig zu Lasten einer geringen personellen Besetzung an den einzelnen Wahllokalen. Jeder, der an einem Wahllokal gestanden hat, weiß aber, daß die persönliche Ansprache der Wähler entscheidend für die Stimmabgabe war. Wir waren also in Bremen zwar an vielen Wahllokalen vertreten (43,7 %), konnten aber dort viele Wähler nicht ansprechen.

Dies wird auch deutlich, wenn die Faktoren - Anzahl der Wahlbeteiligten im Wahllokal und Beteiligung an der Volksbefragung - verglichen werden.

Durchschnittlich gab es in den Wahllokalen 1398 Wählerinnen und Wähler.

	über 36,5% Beteiligung	unter 36,5% Beteiligung
über 1398 Wähler	13 (1)	23 (3)
unter 1398 Wähler	26 (5)	11 (5)

Zahlen in ()=davon in Bremen-Nord

Die HB-Nord Zahlen sind in diesem Zusammenhang interessant, da von den 11 Wahllokalen mit weniger als 1398 Wählern und weniger als 36,5 % Beteiligung, fünf in HB-Nord liegen, das auch im Durchschnitt eine geringere Beteiligung aufweist.

Abschließend ist zu diesem Thema festzustellen, daß die Beteiligung an den Wahllokalen sehr weit auseinander lag und zwar von 9,37 % bis 82,10 %.

Natürlich gibt es auch eine Abhängigkeit zwischen dem Wahlverhalten in den Wahllokalen und der Beteiligung an der Volksbefragung. Wobei eine hohe Beteiligung auch mit einer hohen Zustimmung verbunden ist. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies:

		über 36,5% Beteiligung
Wahllokale mit Überdurchschnitt	SPD-Stimmen	28
	Grüne-Stimmen	33
	Friedensliste-Stimmen	37
	SPD,Grüne+ Friedensliste-Stimmen	37

Es fällt die hohe Abhängigkeit zwischen Friedensliste und Wahlbeteiligung auf. Der im Vergleich zur Volksbefragung geringere Anteil an Wählerstimmen zeigt aber, daß dies nicht der einzige Grund sein kann.

Es wird, wie auch an den Zahlen ablesbar, deutlich, daß die Ergebnisse dieser drei Parteien zusammen einen Einfluß ausüben . Dies kann auch bei der Betrachtung von Einzelergebnissen abgelesen werden, wenn sich auch sehr hohe SPD-Stimmanteile (über 60 %) nicht voll auf Volksbefragungsergebnisse umschlagen lassen.

Natürlich können wir davon ausgehen, daß auch CDU-Wähler gegen die Raketen gestimmt haben. Rechnerisch läßt sich dies in zwei Fällen nachweisen. Hier liegt die Anzahl der Ja-Stimmen beträchtlich über den Gesamtstimmen von SPD, Grünen und Friedensliste.

Als letztes noch einige Anmerkungen zu technischen Abläufen. An einigen Wahllokalen hat es Auseinandersetzungen mit der Polizei bezüglich des 20 m-Abstandes gegeben. Hier war dann oft eine optimale Abdeckung des Wahllokales nicht mehr gegeben. Vielfach läßt sich dies auch an den Ergebnissen ablesen. Bei zukünftigen Befragungen vor Wahllokalen muß diesem Umstand stärker Beachtung geschenkt werden und dann z.B. zwei Stände eingeplant werden.

Fazit:

Die selbstorganisierte Volksbefragung war eine insgesamt positive Aktion. Sie hat das Spektrum von möglichen Aktivitäten der Friedensbewegung bereichert. Viele Millionen Bürgerinnen und Bürger erhalten so eine Möglichkeit, gegen atomaren Wahnsinn zu protestieren. Eine Wiederholung in einem gewissen Zeitabstand bietet sich mit den gezogenen Erfahrungen an.

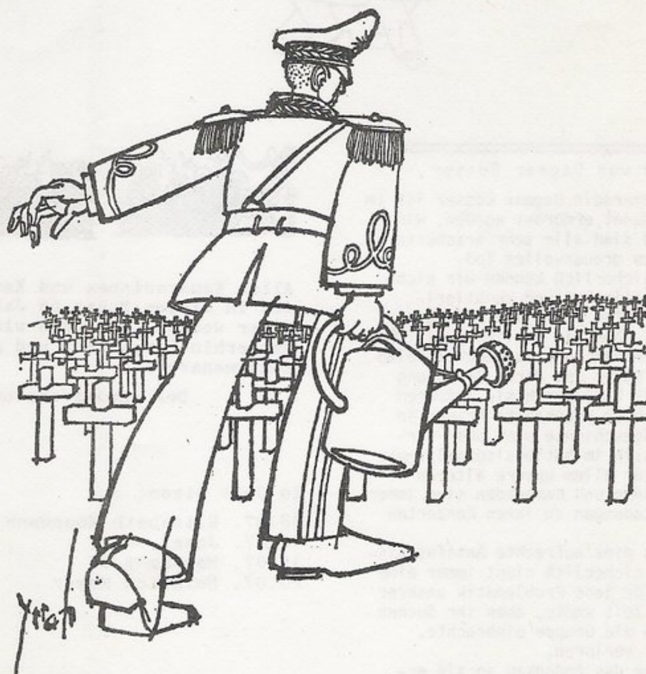
Zum Abschluß noch ein Zahlenvergleich zum Bremer Ergebnis beim Krefelder Appell. Dort gaben ca. 100.000 Bürgerinnen und Bürger ihre Unterschrift. Wenn wir die an den Wahllokalen erzielten Ja-Stimmen auf alle Bremer Wahllokale hochrechnen, ergeben sich 82.288 Ja-Stimmen. Diese Zahl muß unter der Berücksichtigung der Wahlbeteiligung an der Europa-Wahl von 54,0 % gesehen werden.

Will man eine erste politische Auswertung wagen, kann man folgendes festhalten:

1. Das erste Mal nach der Stationierung hat die Friedensbewegung derartig massenahft das Gespräch mit den Bürgern geführt und unsere Argumente allein in Bremen an wahrscheinlich 100.000 Menschen herangetragen. Also insgesamt eine Riesenaktion.
   Wir haben bewiesen, daß da, wo die Menschen befragt werden, sie gegen die Raketen stimmen. Da liegt auf der Hand, warum die Regierung eine offizielle Befragung fürchtet. Wir hatten keinen aritmethischen Ansatz, sondern einen politischen, und der ist aufgegangen.
2. Wir konnten feststellen, daß die Verharmlosungs- und Gewöhnungspolitik nur begrenzt greift. Die Mehrheiten sind nach wie vor am Thema interessiert und auf unserer Seite. Es wirde aber auch deutliche, daß wir immer und immer wieder mit den Menschen reden müssen, um diese Mehrheiten zu halten, um Grundlagen für aktives Handeln zu legen, um die Loyalitätskrise zumindest in der Raketenfrage aufrechtzuerhalten. Das ist notwendig, wenn wir davon ausgehen, daß auch diese Regierung nicht auf DAuer gegen die Mehrheit stationieren kann.
3. Die Raketenfrage ist und bleibt zentral. Das Thema Frieden bewegt die Menschen. Fast alle Wähler begegneten uns sehr positiv. Die meisten an der Aktion beteiligten haben gute Erfahrungen gemacht und Mut für weitere Aktionen gefaßt.
4. Mit der Volksbefragung ist nicht nur über die vielen Gespräche, sondern auch über die Medien die Raketenfrage wieder ein Stück weit mehr in die Diskussion gekommen. Das verbessert die Voraussetzungen für die Herbstaktionen.
5. In den Initiativen sollte überlegt werden, wie die Volksbefragungsergebnisse dezentral und öffentlichkeitswirksam (Stadtteilblätter etc) ausgewertet werden können. Es bleibt die Frage zu klären, ob und wie man die Gesprächsoffensive des 17.Juni dezentral fortsetzen kann (Abstimmungen in Straßen, sozialen Einrichtungen etc). Dieses Gespräch ist und bleibt ja notwendig, auch unabhängig von zentralen Zusammenfassungen, um die Mehrheiten im Herbst auch wieder in die Aktion zu bringen.

W.Hachmeister / K. Jakubowski

Bremer Friedensforum, c/o "Politischer Treffpunkt" - Grünenweg 14
Tel 0421 / 32 77 06



21.7.1956: Wiedereinführung der Wehrpflicht

Zerstörung

des Bremer Westens

Auszüge aus der "Bremen Chronik": 18/19. August 1944:
132. Luftangriff auf Bremen. Fliegeralarm 22.30 Uhr. Von 23.56 bis 0.30 Uhr erlebt Bremen seinen schwersten Luftangriff. Rund 500 Bomber werfen 68 Minenbomben, 2323 Spreng-, 10800 Phosphor- und 108000 Stabbrandbomben. Betroffen werden vornehmlich die "Steffensstadt", der südliche und nördliche Stadtteil, das Hafenquartier und der Westen bis zum Waller Ring. Durch den Angriff gehen rund 25.000 Wohnungen verloren. Total zerstört werden: 8.248 Wohngebäude, 34 öffentliche Gebäude, 80 Wirtschaftsgebäude, 37 industrielle Gebäude. Zerstört werden u.a.: Stephanikirche, Focke-Museum, Michaeliskirche, Marienkirche, Badeanstalt Breitenweg, Hotel "Columbus", "Europa"Hotel, Metropoltheater. Verluste: 1.054 Tote. 72 Schwer- und 677 Leichtverletzte. Zahl der Obdachlosen: 49.100. Entwarnung 1.45 Uhr. (aus Bremen kaputt)

Dieser hier so sachlich dargestellt Luftangriff ist bei vielen Bremer Bürgern als eine Nacht des Grauens in Erinnerung geblieben. In Gesprächen mit älteren Menschen in Walle auch während der Volksbefragung haben mir viele gesagt: "Sowas nie wieder". Solch eine Haltung gegen Kriegsauswirkungen setzen die Menschen noch nicht alle in Friedensaktivitäten um.

Die Gemeinden der zerstörten Kirchen bereiten für den 18/19. August verschiedene Aktivitäten vor, um daran zu erinnern und zu mahnen. Auch wir als VVN-BdA werden diesen Termin des Luftangriffs zum Anlaß nehmen, umfassender über die Ursachen und Folgen des 2. Weltkrieges und Kriegen überhaupt zu informieren. Zum einen können damit jüngere Menschen, die den Krieg nicht erlebt haben informiert werden und ältere daran erinnert werden, damit alle gemeinsam gegen die heutigen Kriegsvorbereitungen aktiv werden.

Wer noch Bilder hat oder den Luftangriff selber mitgemacht hat, bitte melden im Büro Bgm Deichmannstr.

S.



Zum Tod von Dagmar Bösser

Unsere Kameradin Dagmar Bösser ist im letzten Monat ermordet worden. Wir waren und sind alle sehr erschüttert über ihren grauenvollen Tod.

Sicherlich können wir nicht ihr musikalisches und künstlerisches Schaffen in vollem Umfang würdigen, aber wir verlieren mit ihr eine Kameradin, die zu manchem Anlaß uns ihre Musik und deren Bedeutung vermittelt hat. Durch sie erfuhren wir mehr über unbekannte Frauen in der Musikgeschichte oder über verbotene Musik im Nationalsozialismus.

Vor allem unsere älteren Kameradinnen und Kameraden sind immer gern Einladungen zu ihren Konzerten gefolgt.
Aber auch eine aufrechte Antifaschistin, die sicherlich nicht immer eine Antwort für jede Problematik unserer heutigen Zeit wußte, aber ihr Suchen danach in die Gruppe einbrachte, haben wir verloren.
Wir werden das Andenken an sie erhalten.
Gruppe West



Allen Kameradinnen und Kameraden, die in diesem Monat 65 Jahre und älter werden, wünschen wir auch weiterhin Gesundheit und gute Zusammenarbeit.

Der Landesvorstand

Im Juli diese:

08.07.	Elisabeth Koopmann	84
10.07.	Josef Handl	78
13.07.	Martha Ruff	97
20.07.	Heinrich Meyer	81

Termine

Termine VVN-BdA

Gruppe West

16.7., 20 Uhr MV, Bgm Deichmannstr. 26

Gruppe Ost

13.7., 20 Uhr, Wein, Bier, Salat mitbringen zu Irene Lüking, Wachmannstr. 164 A

Gruppe Süd

16.7., 19.30 Uhr, MV, JFH Geschworenenweg

Bremen Nord

11.7., 20 Uhr, 40 Jahre - "20.Juli '44" Bürgerhaus Gustav Heinemann

Stadtteilfeste + Stadtteilrundfahrt

7.7., 15 Uhr,Stadt Walle, Stadtrundfahrt mit FAhrrad, Leitung Peter Reichel, Treffpunkt: Zietenstr./ Derflugstr.

8.7., 11 Uhr, Neustadt, Leitung Willy Hundertmark, Treffpunkt: Martinikirche

14.7.,15 Uhr, Oslebshausen, Stadtrundfahrt mit FAhrrad, Leitung Will Hundertmark, Treffpunkt: Bürgerhaus Oslebshausen

14.7.,Neustadt, Stadtteilfest (bei Redaktionsschluß waren noch keine festen Termine bekannt)

15.7.,Antifaschistische Rundfahrt durch Bremen und umzu zusammen mit dem Motorrad Club Kuhle Wampe

Jeden Donnerstag - Kassierertag 15 - 18 Uhr

Vorankündigung

Unsere Kundgebung auf dem Osterholzer-Friedhof findet diesen Jahr am 9. Sept. 84 um 10 Uhr statt. Gleich schon mal im Terminkalender eintragen!

Friedensinitiative

11.7., 20 Uhr, Friedensinitiative Utbremen, Bgm Deichmannstr. 26

Jeden Donnerstag 20 Uhr Friedensinitiative Peterswerder / Steintor im Gesundheitsladen Auf dem Peterswerder / Ecke Braunschweigerstr.

Weitere Termine

6.7., 20 Uhr, "Lion Feuchtwanger" wäre am 6.7.84 100 Jahre alt geworden
der Biograph Josef Pischel berichtet über das Leben und das Werk des bedeutenden Schriftstellers
Heinrich-Vogeler-Buchhandlung, Unkosten Beitrag DM 2.-

13.7., ab 19 Uhr, Kulturfest zur Unterstützung des Widerstandes in Chile
Christusgemeinde, Adam-Stegerwald Str., HB

18.7.,20 Uhr, Antifaschistischer Arbeitskreis, Bürgerhaus Gustav Heinemann

Hrsg.: VVN/BdA, Bürgermeister Deichmann Str. 26 ViSdP: W. Hundertmark